



Favoriten +

Zeitungsansicht

Drucken

Schliessen



Lokales

Leprich: Windkraft günstigste Variante

Kommunalwahl 2014: Fachleute diskutierten über Energiewende im ländlichen Raum

Von Joern Spreen-Ledebur

Rahden/Espelkamp/Stemwede. Die Bundesregierung berät über die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, Energie aus Sonne und Wind wird ausgebaut. Die so genannte Energiewende findet vor allem im ländlichen Raum statt, meint Friedrich Schepsmeier, Vorsitzender der Rahdener SPD-Ratsfraktion. Das sei eine große Chance, doch müsse man auch aufpassen, dass keine "Dummheiten" gemacht würden.

Die Energiewende war Thema eines Info-Abends, zu dem die Stadtverbände Rahden und Espelkamp und der Gemeindeverband Stemwede der SPD nach Rahden eingeladen hatten. Das Interesse war groß, anwesend waren auch Windkraft-Gegner aus Stemwede und Pr. Oldendorf.

Mit dem aus Rahden stammenden Wissenschaftler Uwe Leprich hatten die Sozialdemokraten einen Fachmann eingeladen. Leprich ist Direktor des Forschungszentrums Zukunfts-Energie-Systeme in Saarbrücken. Mittelfristig solle die Hälfte der Energie durch Photovoltaik-Anlagen, Windräder und Wasserkraft erzeugt werden, so Leprich. Windkraft an guten Standorten sei die günstigste Möglichkeit der Energieerzeugung und der Netzausbau sei relativ kostengünstig zu machen, vertrat der Wissenschaftler. Die langfristigen Ziele bei erneuerbaren Energien könnten mit der EEG-Novelle erreicht werden.

Mit der Novelle solle die Energiewende nicht abgewürgt werden, vertrat Gabriele Werner, Referentin der SPD-Bundestagsfraktion zur Energiewende. Vielmehr sollten dadurch Weichen gestellt werden. Bei der jetzigen Förderung gebe es "Fehlengungen", etwa eine zu starke Förderung von Windrädern im Norden mit Folgen für Pachtpreise. Der Ausbau erneuerbarer Energien müsse für Investoren weiter wirtschaftlich sein, "aber über die Rendite kann man sprechen", so die SPD-Politikerin. Die Frage werde sein, wie erneuerbare Energien in den Markt kämen, konventionelle Kraftwerke wirtschaftlich seien und alles bezahlbar bleibe.

Andre Hilker, Inhaber eines Rahdener Unternehmens für Solartechnik, erwartet durch die Novelle keine großen Veränderungen. PV-Anlagen könnten heute schon Strom für zehn Cent je Kilowattstunde erzeugen. 75 Prozent aller Biogasanlagen seien in landwirtschaftlicher Hand, meinte Hermann Seeker, neuer Vorsitzender des landwirtschaftlichen Kreisverbandes. "EEG-Deckelungen hemmen uns zum Teil." Anlagenbetreiber seien auf nachwachsende Rohstoffe wie Mais und Gras festgelegt, derzeit dürften sie keine Abfälle aus der Lebensmittel-Produktion oder Speisen verwenden. Darüber, befand Seeker, sollte man aber nachdenken. Wichtig sei für Betreiber von Biogas-Anlagen die Vermarktung des kompletten Programms - neben dem Strom auch die in den Anlagen anfallende Wärme.

Das Klimabündnis im Mühlenkreis wolle zeigen, dass jeder bei der Energiewende mitwirken könne, sagte dessen Sprecher Rainer Rohrbeck. Verschiedene Bürger-Energieprojekte seien in den vergangenen Jahren initiiert worden. Unter der EEG-Novelle könnte die Bürgerbeteiligung aber leiden, befürchtet Rohrbeck.

Hinsichtlich der Strompreise habe die Industrie in den vergangenen Jahren immer günstig einkaufen können. "Dort jammert man auf hohem Niveau", so Rohrbeck. Der Mittelstand hingegen zahle. Ob das alles so sein müsse, fragte Rohrbeck in die Runde.

Aus Sicht von Reinhard Steinmann (Firma Windconcept, Espelkamp) ist die energieintensive Industrie ein Gewinner der EEG-Novelle. Verlierer sei die konventionelle Energiewirtschaft. Seine Überlegung, ob durch die Pläne der Regierung nun die konventionellen Erzeuger in den Markt zurückgebracht werden sollten, verneinte

Gabriele Werner. Die Direktvermarktung für erneuerbare Energien gebe es schon heute und dadurch werde es nicht unkalkulierbar.

Ein Besucher sorgte sich um die Zukunft von Stadtwerken. Die hätten in Windkraft und PV investieren können, meinte dazu Leprich: Wer allerdings in den vergangenen Jahren in Steinkohle investierte, habe eine Fehlentscheidung getroffen.

Mit Blick auf die Grundlast sei eine Entscheidung für Gaskraftwerke keine Fehlentscheidung, merkte Gabriele Werner an. Und wenn in vorigen Jahren in Windräder an Standorten mit nicht so gutem Wind investiert worden sei - ob das nicht auch an Subventionen lag, fragte sie. Investitionen in Windräder - auch im Süden - sollten sich weiterhin lohnen. "Aber an Standorten, die Mindest-Wind haben." | Seite Rahden

© 2014 Neue Westfälische
14 - Lübbecke (Altkreis), Donnerstag 10. April 2014